

# FDP

Liberales  
Fraktion



FDP-Liberale Fraktion  
der Bundesversammlung  
Neuengasse 20  
Postfach  
CH-3001 Bern

+41 (0)31 320 35 35  
[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)  
[info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch)  
/fdp.dieliberalen  
@FDP\_Liberalen

## Sessionsbericht – Sommersession

### *Rapport de session – Session d'été*

31. Mai bis 18. Juni 2021

---

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

#### **Eine Session im Schatten von...**

Die abgelaufene Sommersession bat im Grundsatz viel inhaltliches Sprengpotenzial und war bei einigen wichtigen politischen Schwerpunkten wie der Altersvorsorge, Transparenz oder in der Medienpolitik wegweisend für kommende Debatten in Politik und Gesellschaft. Die Entscheide, wie z.B. zugunsten der Abschaffung der Emissionsabgabe, waren für die FDP-Liberale Fraktion grossmehrheitlich erfreulich und hätten uns auch genügend Profilierungspotenzial geboten. Der Konjunktiv in dieser Formulierung weist aber schon darauf hin, dass diese Session von ganz anderen Themen überschattet wurde.

Der erste Schock, der die mediale Berichterstattung deutlich mehr prägte als viele Geschäfte aus der Session, hatte seinen Ursprung bei der Volksabstimmung vom 13. Juni. Mit der knappen Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ging eine jahrelange Arbeit des Parlamentes sowie auch der FDP innerhalb weniger Momente zu Ende und hinterlässt eine grosse Lücke in der Klimapolitik der Schweiz. Umso wichtiger ist es, dass sowohl die FDP wie auch die restlichen Fraktionen sich möglichst rasch an eine Neuauflage einer Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes machen. Dafür braucht es aber vor allem von der zuständigen BR Sommaruga eine gründliche Analyse, was diese Ablehnung vor dem Volk für Ursachen hatte. Eine überhastete Neuauflage wäre gefährlich und könnte zu einem erneuten Scheitern führen. Damit jedoch keine Gesetzeslücke entsteht und wichtige Massnahmen aus der bestehenden Gesetzgebung weitergeführt werden können, wird die FDP bereits in der Woche nach der Session in der zuständigen Kommission die Grundlage für eine Übergangsgesetzgebung schaffen. Damit wird ein konstruktiver Beitrag geleistet, um vor allem für die direkt betroffenen Unternehmen Rechtssicherheit zu schaffen und die bestehenden Bemühungen der Schweizer Klimapolitik nicht zu gefährden.

Der zweite und noch viel grössere Donnerschlag kam nur einen Tag nach dem verhängnisvollen Abstimmungssonntag mit dem Rücktritt unserer Parteipräsidentin Petra Gössi. Die Fraktion wie auch die Partei hat diesen Entscheid mit grossem Bedauern zur Kenntnis genommen und dankt Petra Gössi für ihr unermüdliches Engagement während fünf intensiven Präsidentschaftsjahren, in denen sie die Partei vorausschauend und vermittelnd geführt hat. Die frühzeitige Bekanntgabe des Rücktritts per Ende 2021 lässt der Partei genügend Zeit, um die Nachfolgeregelung sorgfältig einzuleiten. Im Nachgang der Corona Pandemie gibt es aber grosse inhaltliche Herausforderungen wie die Europapolitik, die Altersvorsorge oder die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die für die Fraktion und die Partei in den kommenden Jahren, und vor allem bis zu den nächsten Wahlen 2023, entscheidend sein werden. Umso wichtiger ist es, dass rasch aus dem grossen Schatten solcher Entscheide hervorgetreten werden kann und die Themen wieder in den Vordergrund rücken.



## 1. AVS 21: pas d'atteinte à l'indépendance de la BNS !

La population vieillit et les caisses de l'AVS doivent être renflouées. En 2030, sans intervention, l'AVS aura besoin de 26 milliards de francs pour couvrir ses prestations. Dans ce contexte, il est réjouissant que le National ait rejoint le Conseil des Etats, en approuvant une harmonisation de l'âge de la retraite à 65 ans. La hausse se fera en quatre étapes de trois mois chacune et devrait permettre d'économiser 10 milliards de francs entre 2023 et 2030.

Des mesures de compensation généreuses et ciblées sur les bas revenus doivent être prévues pour la génération transitoire. La majorité du Conseil national a suivi le modèle du PLR, qui prévoit un supplément de rente de 50 à 150 francs par mois, inversement proportionnel au salaire. Ce modèle entrainera des coûts similaires à celui du Conseil fédéral, soit environ 670 millions de francs en 2030. A noter que le groupe des Verts a voté avec l'UDC pour un modèle moins généreux. Cette manœuvre douteuse, qui allait à l'encontre de l'intérêt des femmes concernées, visait à rendre la réforme moins attractive en vue de la campagne de votation.

Sur la question de la retraite anticipée, le National s'est rallié aux Etats en la fixant à 63 ans au plus tôt. Cela correspond à la situation actuelle. Le Conseil national n'a en revanche pas voulu de l'augmentation décidée par les sénateurs de la franchise en faveur des personnes en âge de retraite qui continuent à travailler. Celles-ci devraient au contraire pouvoir renoncer à cette franchise pour améliorer leur rente même si leur revenu est modeste.

Du côté des recettes, le National, tout comme une solide majorité du groupe libéral-radical, a décidé d'augmenter le taux de TVA de 0,4 point de pourcentage. Ce relèvement par rapport à la version du Conseil des Etats (0,3%) est jugé nécessaire sachant que le modèle de compensation du National est plus onéreux que celui de la Chambre haute.

Jusqu'à-là le PLR peut se montrer satisfait de la direction prise dans cette réforme AVS 21. Aux Etats, le groupe libéral-radical combattra toutefois avec véhémence la politisation de la BNS voulue par une alliance contre-nature UDC-Gauche: ces-derniers proposent en effet que la banque nationale effectue un versement au fonds AVS correspondant aux intérêts négatifs perçus depuis 2015, soit 1 à 2 milliards de francs par an tant que les taux d'intérêt négatifs restent en vigueur. Les Etats ayant largement rejeté – le même jour - une motion au contenu similaire ([18.4327](#)), cette mesure dangereuse et populiste devrait être biffée du projet lors du prochain traitement à la Chambre haute en septembre.

## 2. Covid-19-Gesetz

Die meisten Instrumente zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sind bis Ende 2021 befristet und können nahtlos weitergeführt werden. Jedoch muss die Grundlage für die Erwerbsausfallentschädigung, die bis Juni 2021 befristet ist, verlängert werden. Zudem beantragte der Bundesrat auch die Aufhebung der gesetzlich festgelegten Obergrenze für Beiträge an professionelle und semi-professionelle Sportklubs, da diese nur für die Saison 2020/21 ausgelegt wurde. Beide Vorlagen waren in beiden Kammern unbestritten. Wobei der Nationalrat unter Mitwirkung der FDP eine Ergänzung einbrachte: Klubs, die ihre Lohnsumme nicht wie vorgeschrieben reduzieren, sollen jene Beiträge zurückzahlen müssen, die 50 Prozent der entsprechenden Ticketeinnahmen übersteigen.

Mit der Gesetzesänderung kamen verschiedenste Begehrlichkeiten auf. So wollte das linke Bündnis aus SP, Grüne und Grünliberale die erneute Verlängerung der Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigung für tiefe Einkommen weiterführen. Aus FDP-Perspektive war dies abzulehnen, insbesondere da es zu einer Ungleichbehandlung der Personen führt, die durch die Arbeitslosenversicherung kompensiert werden. Nach mehreren Runden zwischen den beiden Kammern, erbarmten sich die liberalen Ständeräte und akzeptierten die Regelung. Dafür konnten sie den Antrag von Ständerat Michel durchsetzen, der dir

Durchführung von Generalversammlungen erleichtert. Die Bestimmung dazu im Covid-19-Gesetz soll bis zum Inkrafttreten des revidierten Aktienrechtes verlängert werden. Eine weitere Knacknuss war die Förderung der Kulturschaffende. Obwohl diese eigentlich in der Kompetenz der Kantone liegt, wollte die linke Gegenseite ihre Klientelpolitik weiterführen und dies bis ins Jahr 2022! Nach mehreren Runden konnte ein Kompromiss gefunden werden: Die Massnahmen werden weitergeführt, aber nur bis Ende Jahr.

Auf Antrag von SVP, Mitte und FDP übernahm der Nationalrat eine Bestimmung des Ständerates, wonach Kapazitätsbegrenzungen für Anlässe und öffentliche Einrichtungen aufgehoben werden sollen, sobald alle impfwilligen Erwachsenen ihre Spitze erhalten haben. Noch eine zweite Bestimmung übernahm der Nationalrat von der kleinen Kammer, auch hier auf Antrag einer bürgerlichen Minderheit: Wer eine Impfung, einen negativen Test oder eine Genesung von Covid-19 belegen kann, soll von Zugangsbeschränkungen ausgenommen sein. Dieses Vorhaben wurde in einer nächsten Runde jedoch wieder abgelehnt. Alle diese Differenzen konnten während der Sommersession bereinigt werden, was am Ende zu einer klaren Zustimmung in der Schlussabstimmung in beiden Räten führte.

### 3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

In der Sommersession wurde ein wichtiges Zeichen gesetzt zuhanden der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleich zwei Vorlagen, die auf unterschiedliche Weise die Fehlanreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beseitigen und dadurch die Gleichstellung fördern wollen, wurden von ihren Ersträten angenommen. Beide Vorlagen stammen von unserer Nationalrätin Christa Markwalder.

Einerseits hat der Nationalrat, nach dem Scheitern an der Urne letztes Jahr, einen neuen Anlauf genommen und deutlich höhere Steuerabzüge für die familienexterne Kinderbetreuung gutgeheissen. Neu sollten Abzüge bis zu 25'000 Franken möglich sein, um die Kinderdrittbetreuung zu decken. Eine gleichzeitige Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs lehnte der Nationalrat ab. Nachdem ein Antrag der SVP auf Nichteintreten nicht angenommen wurde, hat in der Gesamtabstimmung eine überwiegende Mehrheit die Vorlage angenommen (145 zu 32 mit 10 Enthaltungen). Die FDP hat sich geschlossen hinter die Vorlage ihrer Nationalrätin gestellt, sowie die grosse Mehrheit der restlichen Parteien. Einzig die SVP war bei dieser Frage ziemlich gespalten.

Andererseits wurde die Frage der Individualbesteuerung wieder ins Rollen gebracht. Diese von Nationalrätin Christa Markwalder eingereichte Forderung wurde von über 100 Ratsmitgliedern mitunterschrieben und verlangt eine Besteuerung aller Personen in der Schweiz unabhängig von ihrem Zivilstand. Der Nationalrat nahm die Motion mit 110 zu 76 Stimmen an. Einzig die SVP und fast die ganze Mitte lehnten die Motion ab. Beide Vorlagen zusammen wären ein Meilenstein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit für die Gleichstellung von Mann und Frau. Beide Vorlagen gehen jetzt an den Ständerat, die im März 2021 lancierte Volksinitiative der FDP Frauen «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» läuft parallel weiter.

### 4. Abschaffung der anachronistischen Emissionsabgabe auf Eigenkapital

Bereits 2009 hat die FDP-Liberale Fraktion eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche die schrittweise Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Stempelsteuern forderte. Nachdem das Geschäft in zwei Vorlagen aufgeteilt wurde, wurde die Vorlage zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital für 7 Jahre aufs Eis gelegt durch den Ständerat. Eigentlich gaben die zuständigen Kommissionen der Forderung bereits 2011 Folge, aber die Umsetzung verzögerte sich immer wieder. Begründet wurde die Sistierung mit verfahrenstechnischen Überlegungen und mit den kurzfristigen Mindereinnahmen.

Im Lichte der Coronakrise beantragte die für das Geschäft zuständige Kommission dem Ständerat, die Arbeiten zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital jedoch wieder aufzunehmen. In der Sommersession ist der Ständerat auf seinen schon von 2013 datierenden ersten Sistierungsbeschluss auf Empfehlung seiner vorberatenden Kommission zurückgekommen und hat der Abschaffung der Emissionsabgabe zugestimmt. Der Nationalrat hatte der Abschaffung bereits in der Wintersession zugestimmt. Dass diese Abschaffung nun heute in der Schlussabstimmung jeweils in beiden Räten eine deutliche Mehrheit erreicht hat, ist als grosser Erfolg für die FDP zu werten. Die Abschaffung dieser veralteten und

im internationalen Vergleich einmaligen Steuer, welche bei der Investition in ein Unternehmen anfällt, ist längst überfällig. Denn damit werden Unternehmen bestraft, welche neues Kapital aufnehmen und dadurch Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen.

Diese langjährige Forderung der FDP hat angesichts der aktuellen Situation an Dringlichkeit gewonnen und die Abschaffung der Emissionsabgabe stellt ein einfaches und wirksames Instrument zur Stärkung der krisengebeutelten Unternehmen dar, weil viele ihr Eigenkapital aufstocken müssen. Die Abschaffung stärkt auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz, nicht unbedeutend angesichts der aktuellen internationalen Entwicklungen in der Steuerpolitik der OECD. Im Ständerat wurde die Vorlage mit 29 zu 14 Stimmen angenommen, im Nationalrat wurde die Abschaffung mit 120 zu 70 Stimmen mit 5 Enthaltungen gutgeheissen. Die FDP hat geschlossen für die Annahme gestimmt, unterstützt von den GLP, der SVP und einem grossen Teil der Mitte. Dagegen gestellt haben sich die Grünen und die SP, letzte hat sogar daraufhin das Referendum ergriffen. Sehr wahrscheinlich also, dass die Abschaffung der Emissionsabgabe uns auch über die Sommersession hinaus beschäftigen wird.

## 5. Der indirekte Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative steht

Die Räte haben sich in dieser Session auf einen indirekten Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative geeinigt und die Initiative "Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)" entsprechend zur Ablehnung empfohlen.

Gemäss dem indirekten Gegenvorschlag, auf den sich die Räte geeinigt haben, müssen sich künftig sowohl die Mitglieder des Nationalrats als auch des Ständerats an die neuen Transparenzregeln bei der Politikfinanzierung halten. Diese letzte Differenz konnte an dieser Session ausgeräumt werden. Die FDP-Parlamentarier stimmten mehrheitlich aus föderalistischen Erwägungen vorerst gegen diese Regelung. Es liess sich jedoch schliesslich eine Lösung finden, welche den föderalistischen Bedenken Rechnung trägt und eine Zustimmung auch der FDP ermöglichte. Die übrigen Eckpunkte der Vorlage waren bereits früher geregelt worden. So müssen ab einer Höhe von 15'000 Franken Beiträge an Parteien und Komitees offengelegt und Kampagnengelder ab 50'000 Franken ausgewiesen werden. Die Räte nahmen den indirekten Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung mit deutlicher Mehrheit an. Nur die SVP stellte sich dagegen.

Die FDP hatte sich stark dafür eingesetzt, dass der indirekte Gegenvorschlag zustande kommt, damit die Transparenzinitiative zurückgezogen wird. Ein indirekter Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe ist einer Regelung auf Verfassungsstufe vorzuziehen. Der gewinnende Kompromissvorschlag von 15'000 Fr. als Schwelle für die Offenlegung von Spenden stammte denn auch von der FDP. Kleinere Spenden können damit weiterhin anonym erfolgen. Damit wird dem Schutz der Privatsphäre Rechnung getragen und zugleich die Transparenz deutlich erhöht. Mit dem Zustandekommen des indirekten Gegenvorschlags ist ein baldiger Rückzug der Initiative zu erwarten.

## 6. Paquet d'aides aux médias : pas de consensus sur le subventionnement des médias en ligne.

Le paquet d'aide aux médias est sous toit. Les deux conseils ont éliminé les dernières divergences durant cette session d'été. Ce paquet contient trois volets :

Le premier prévoit d'étendre l'aide indirecte à la presse à travers la loi sur la poste. A l'avenir, la distribution matinale des journaux devra aussi être soutenue. Une enveloppe d'un total de 120 millions de francs par an est prévue pour la distribution des quotidiens et des hebdomadaires en abonnement. Ces aides sont limités à sept ans.

Le deuxième volet du paquet concerne la loi sur la radio et la télévision. Il y est prévu de fixer la quote-part de la redevance radio-TV des diffuseurs locaux et régionaux privés dans une fourchette de 6 à 8%. Ce volet comporte également une aide aux instituts de formation des journalistes dont les certificats et diplômes sont reconnus par la branche ainsi que des agences de presse.

Ces mesures ont obtenu un large soutien des élus Libéraux-Radicaux. Le troisième volet de ce paquet, que le PLR a tenté en vain de traiter séparément, est toutefois bien plus problématique, puisqu'il prévoit une aide financière directe aux médias en ligne. Il est question d'un montant de 30 millions de francs par an. Les contributions versées par média pourront aller jusqu'à 60% du chiffre d'affaires généré. Le subventionnement de nouveaux médias en ligne, ceux dont le chiffre d'affaires est encore inférieur au minimum stipulé par la loi, sera également possible. Cet élément du paquet est hautement problématique, puisqu'il conduirait à la création en cascade de médias en ligne qui ne pourraient pas survivre sans subvention de l'État. Le marché des médias en ligne est peut-être difficile, mais il garantit aujourd'hui déjà une grande diversité. Une intervention de l'État n'est donc pas justifiée. Pour toutes ces raisons, le groupe libéral-radical était très divisé au vote final de ce paquet. Un référendum a déjà été annoncé par plusieurs acteurs.

## 7. Aktuelle Debatte zum Rahmenabkommen

Im Nationalrat kam es in der dritten Sessionswoche zu einer hitzigen aktuellen Debatte betreffend des weiteren Vorgehens des Bundesrates im Verhältnis zur EU. Alle Fraktionen haben dringliche Interpellationen eingereicht, die in einem Block behandelt wurden.

Die FDP hat klar aufzeigen können, dass der Gesamtbundesrat nun in der Bringschuld ist, Lösungen zu präsentieren. Denn jedes Departement wird von den Folgen des Verhandlungsabbruchs betroffen sein. Beispielsweise hat der Bundespräsident im WBF mit dem Forschungsprogramm Horizon Europe oder die Vertreterin im UVEK das Stromabkommen, dass in der Schwebe stehen. Die herrschende Unsicherheit führt zu einem Verlust der Standortattraktivität und wird mittelfristig unseren Wohlstand unter Druck setzen. Als einzige Partei hat die FDP mit ihren 3-Säulenplan proaktiv realistische Lösungsansätze präsentiert.

Die erste Säule definiert klar den Bilateralen Weg weiterhin als Königsweg, denn es gibt keinen gleichwertigen Ersatz. So müssen nun Lösungen im Verhältnis mit der EU gefunden werden. Deshalb unterstützt die FDP den von Bundesrat Cassis vorgeschlagene strukturierte politische Dialog. Zudem soll eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen in Angriff genommen werden, wo immer es im Sinne der Schweiz ist. Die zweite Säule fokussiert auf Partnerschaften ausserhalb des europäischen Raumes. So sind unter anderem im Freihandel, der Forschung und Innovationsförderung bestehenden Partnerschaften zu intensivieren und neue Kooperationsmöglichkeiten zu suchen. Der dritte Pfeiler besteht aus einem nationalen Fortschrittsprogramm. Damit die Schweiz als Standort weiterhin attraktiv bleibt und die Wirtschaft durch Investitionen die Grundlagen des Wohlstands schaffen kann, ist sie auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Deshalb braucht die Schweiz bei einer Ablehnung des InstA Massnahmen, welche den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen. So soll ein weiterer Ausbau des Sozialstaates verhindert werden, das Unternehmertum gefördert und das Steuer – und Abgabensystem attraktiv ausgestaltet werden.

## 8. Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

Die radikale Volksinitiative will die Bewilligungskriterien für Kriegsmaterialexporte nicht mehr auf Verordnungsebene, sondern auf Verfassungsebene regeln. Somit müssten Volk und Stände über Anpassungen entscheiden. Zudem wird ein generelles Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, gefordert. Dies würde die gesetzliche Spezialregelung für Ersatzteillieferungen infrage stellen. Dies würde dazu führen, dass Schweizer Firmen ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den ausländischen Käufern nicht in jedem Fall nachkommen könnten, weil Ersatzteillieferungen unter Umständen ohne wichtigen Grund abgelehnt werden müssten. Der Bundesrat stellt der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag entgegen. Die Bewilligungskriterien sollen auf Gesetzesstufe verankert und so die demokratische Kontrolle gestärkt werden. Das Parlament könnte demnach die gesetzlichen Bewilligungskriterien anpassen. Mit dem fakultativen Referendum hätte das Stimmvolk das letzte Wort. Zudem will der Gegenvorschlag die gängige Bewilligungspraxis verschärfen: Die Ausnahmen vom Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, sollen gestrichen werden.



Gegen den Willen der FDP-Ständeräte konnte die Abweichungskompetenz für den Bundesrat nicht gegen die linken Angriffe verteidigt werden. Dies, obwohl die Ständeratsfraktion fast geschlossen aufgetreten ist. Die Abweichungskompetenz ist wichtig, da «auch die Blaulicht-Einsätze der Polizei oder der Ambulanz nicht bis ins letzte Detail geregelt" sind, wie Ständerat Thierry Burkart argumentiere. Ein Erfolg bleibt zumindest: Die Volksinitiative wurde zu Ablehnung und der Gegenvorschlag zur Annahme empfohlen. Die Vorlage gehen nun in den Nationalrat.

## 9. Innovationsförderung.

Bei der Innovationsförderung konnte die FDP einige Erfolge u.a. aufgrund ihrer Geschlossenheit feiern. So erhält die Innosuisse nun in klar definierten Bereichen mehr Spielraum bei der Erfüllung ihrer Aufgabe. Unternehmen sollen sich als Umsetzungspartner bei der Förderung von Innovationsprojekten durch Innosuisse neu mit 30 bis 50 Prozent an den Gesamtprojektkosten beteiligen. Bis anhin galt im Regelfall eine hälftige Beteiligung. Im Einzelfall kann Innosuisse künftig eine höhere Beteiligung des Umsetzungspartners als 50 Prozent oder eine tiefere Beteiligung als 30 Prozent festlegen.

Ein besonderes Gewicht kommt neu der Förderung von Innovationsprojekten von Start-ups zu. Innosuisse soll Innovationsprojekte von Jungunternehmen zur Vorbereitung ihres erstmaligen Markteintritts direkt fördern können. Ebenfalls werden Weiterbildungen, Coaching und Internationalisierungen angeboten. Damit soll der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis beschleunigt und der Start-up-Ökonomie zusätzlicher Auftrieb verliehen werden.

Weitere Gesetzesanpassungen betreffen die Reserven von Innosuisse und auch des Schweizerischen Nationalfonds (SNF). Beiden will der Nationalrat mehr Reserven ermöglichen als der Bundesrat. Der Bestand der Reserven darf nicht höher sein als 15 Prozent des jährlichen Bundesbeitrages beim SNF und des Jahresbudgets bei Innosuisse. Der Bundesrat wollte 10 Prozent als Obergrenze. Jedoch konnte sich die FDP-Fraktion durchsetzen. Auch konnte erreicht werden, dass als Stipendien ausgerichtete Forschungs- und Förderbeiträge an Nachwuchsforscherinnen und -forscher nicht versteuert werden.

## 10. Bundesversammlung (VBV)

**Bundesgericht.** Stephan Hartmann (Grüne) und Marianne Ryter (SP) sind neue Richter bzw. neue Richterin am Bundesgericht. Beide wurden von der VBV für den Rest der Amtsperiode bis 2026 gewählt. Ryters Wahl verlief nicht ohne Nebengeräusche. Während Hartmann von allen Fraktionen unterstützt wurde, wollte die SVP Ryter, die derzeitige Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts, noch nicht wählen und zuerst im Raum stehende Vorwürfe gegen sie klären. Nachdem sie mit ihrem Antrag um Verschiebung unterlag, empfahl die SVP den Sozialdemokraten Markus Berger zur Wahl. Dieser erhielt 58 Stimmen.

## 11. Geschäfte beider Räte

**Volet de mesures santé.** Le paquet 1a de mesures pour freiner la hausse des coûts de la santé est sous toit. Il sera désormais possible de réaliser des projets pilotes dérogeant à la loi sur l'assurance maladie afin d'expérimenter de nouveaux modèles. Le projet prévoit aussi la création d'une organisation tarifaire nationale pour le domaine ambulatoire. Cette structure devra être élaborée par les fédérations des fournisseurs de prestations et celles des assureurs. Enfin, la révision règle la transmission de la facture au patient. Dans le système du tiers payant, le fournisseur de prestation devra transmettre à l'assuré une copie de la facture sans que ce dernier en fasse la demande. Le groupe libéral-radical a approuvé ce paquet de mesures, le premier d'un minimum de trois volets.

**Energieautonomie der Immobilien des Bundes:** Dank den Vorstössen von SR Français ([19.3750](#)) und NR Jauslin ([19.3784](#)) wird der Bundesrat beauftragt, einen Investitionsplan vorzulegen (allenfalls mittels Vierjahresplänen), um bis in spätestens 12 Jahren alle geeigneten Dach- und Fassadenflächen der Bundesverwaltung für die Produktion von Strom aus Photovoltaik auszurüsten. Zudem soll er die energetischen und klimatischen Sanierungsarbeiten an den Immobilien des Bundes beschleunigen, wobei insbe-

sondere auf die Nutzung erneuerbarer Wärme geachtet werden soll, und die Autonomie seiner Immobilien im Strombereich sicherzustellen. Die angepasste Motion François wird mit der Annahme in beiden Räten an den Bundesrat überwiesen und soll die Vorbildfunktion des Bundes fördern. Die Motion Jauslin geht noch an den Ständerat.

**Rejet de l'initiative sur les soins infirmiers.** Le Parlement a rejeté l'initiative sur les soins infirmiers. Le contre-projet, élaboré à la session de printemps 2021, va moins loin que cette initiative, tout en répondant aux principales revendications des initiants. Il prévoit notamment d'étendre les compétences des infirmiers, qui pourront désormais facturer certaines prestations sans prescription ou mandat d'un médecin. Le contre-projet prévoit également une offensive en matière de formation de l'ordre d'un demi-milliard sur huit ans. Les initiants ont annoncé vouloir se réunir après la session d'été afin de décider si oui ou non ils retirent leur texte.

**Parlamentsgesetz:** Beide Räte haben einer Änderung des Differenzbereinigungsverfahrens bei Motionen zugestimmt. Bei einigen Geschäften müssen die Räte deshalb künftig eine zusätzliche Runde einlegen. Der Rat, der die Motion als erster behandelt, hat neu die Möglichkeit, in der zweiten Lesung an seinem anfänglichen Beschluss festzuhalten, die Motion also in der ursprünglichen Fassung anzunehmen, wenn der Zweitrat sie abgeändert hat. Der Zweitrat kann den Vorstoss schliesslich ebenfalls so annehmen oder aber ablehnen. Die FDP wehrte sich im Nationalrat als einzige Fraktion geschlossen gegen diese aus ihrer Sicht unnötige Verlängerung des parlamentarischen Verfahrens.

**Bundesbudget:** Der Nationalrat hat elf Nachtragskredite und drei Nachmeldungen zum Voranschlag 2021 von insgesamt 3,8 Milliarden Franken gutgeheissen. Das Geld wird vor allem für Massnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie benötigt, unter anderem für die "Testoffensive" der Kantone. Den letzten Nachtragskredit reichte der Bundesrat erst am 2. Juni ein. Deshalb musste der Nationalrat über einen höheren Betrag befinden als der Ständerat, der das Geschäft vergangene Woche beraten hatte. Der Ständerat hatte 2,4 Milliarden Franken bewilligt. Die Nachtragskredite sind mit dem Entscheid des Nationalrats erledigt. Die FDP hat die Nachtragskredite und Nachmeldungen einstimmig unterstützt. Die SVP hat sie als einzige Partei abgelehnt. Die Nachmeldungen gehen an den Ständerat.

**Staatsrechnung:** Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Staatsrechnung 2020 zugestimmt. Die Rechnung schloss mit einem Rekorddefizit von knapp 16 Milliarden Franken. Ohne Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hätte das Defizit in der ordentlichen Rechnung 1,2 Milliarden Franken betragen. Das Geschäft ist erledigt, die FDP hat der Staatsrechnung 2020 geschlossen zugestimmt.

**Verrechnungssteuer:** Banken müssen bis Ende 2026 keine Verrechnungssteuer auf Too-big-to-fail-Instrumente bezahlen. Wie zuvor der Nationalrat hat auch der Ständerat einer Verlängerung der steuerlichen Befreiung beim Eigenkapital zugestimmt. Der Entscheid im Ständerat fiel mit 31 zu 0 Stimmen. Die Verlängerung der steuerlichen Befreiung um weitere fünf Jahre war weitgehend unbestritten. Die geltende Ausnahmeregelung läuft Ende 2021 aus. Der Bundesrat will den Banken mit der Steuerbefreiung mehr Flexibilität einräumen. Alle Parteien haben dem ohne Vorbehalt zugestimmt.

**Härtefall-Hilfe:** Der Ständerat und Nationalrat verlangen eine Verlängerung des Härtefallprogramms im Covid-19-Gesetz bis Ende 2021. Dazu gepackt wurde auch die Forderung nach einer Ausnahmeregelung für Grossunternehmen in Existenznöten. Die Verlängerung und Ausnahmen seien nötig angesichts der schleppenden Erholung der Wirtschaftslage. Namentlich die Hotellerie und die Tourismusbranche samt ihren Zulieferern sowie der Detailhandel stünden im zweiten Halbjahr immer noch vor existenziellen Herausforderungen. Die FDP hat diese beiden Anliegen jeweils geschlossen unterstützt.

**Steuerrecht:** Das Bundesgesetz über internationale Abkommen im Steuerbereich wird überarbeitet. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einstimmig der Totalrevision zugestimmt. Das Gesetz aus

dem Jahr 1951 ist veraltet. Kern des Gesetzes ist das Verständigungsverfahren, das dazu dient, Fälle von Doppelbesteuerungen zwischen zwei Staaten einvernehmlich zu beseitigen.

## 12. Geschäfte des Nationalrats

**Übergangsgesetz für Förderung der Erneuerbaren:** Die aktuellen Fördersysteme für erneuerbare Energien laufen teilweise, wie in der Energiestrategie 2050 vorgesehen, Ende 2022 aus. Für die FDP ist klar, dass die davon betroffenen Akteure Investitions- und Planungssicherheit brauchen. Der Nationalrat hat darum beschlossen, neue Windenergie-, Kleinwasserkraft-, Biogas-, Geothermie- und Fotovoltaikanlagen ab 2023 mit einmaligen Investitionsbeiträgen zu fördern. Es handelt sich aber nur um eine Übergangslösung, die sich an der bereits geplanten grossen Revision des Energiegesetzes und Stromversorgungsgesetzes orientiert. Mit der Umsetzung der von beiden Parlamentskommissionen angenommene parlamentarische Initiative von Bastien Girod verhindern das Parlament, dass nach 2022 eine Gesetzeslücke entsteht. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Änderungen im Energiegesetz mit 187 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen sehr deutlich an. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

**Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen:** Im Hinblick auf das langfristige Ziel der Dekarbonisierung des Strassenverkehrs, soll der BR aufzeigen, wie Pilotregionen etabliert werden können, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Zudem soll er darlegen, wie die notwendige Infrastruktur (z. B. Ladestationen, Produktion und Verteilung alternativer Treibstoffe) für diese zukunftsfähigen Mobilitätsprojekte finanziert werden kann. Eine solche Lösung muss über öffentlich und privat finanzierte Projekte (PPP) realisiert werden, die unsere Hochschulen und Industrie miteinbeziehen. Diese Forderung des Postulates der FDP-Liberale Fraktion ([19.4052](#)) wurde erfreulicherweise im Nationalrat angenommen und führt nun zu einem Bericht des Bundesrates. Nur die SVP und Mitte stemmte sich gegen das Postulat.

**5G.** Le Conseil national a approuvé, malgré la résistance de la gauche, une motion du groupe PLR ([20.3237](#)) demandant la mise en place par le Conseil fédéral des conditions-cadres nécessaires à un déploiement rapide de la 5G. Cette technologie recèle un énorme potentiel dans de nombreux domaines : cybersanté, agriculture intelligente, réalité virtuelle et augmentée, véhicules autonomes, production industrielle de pointe, drones, etc. Les obstacles à son déploiement doivent être levés. Le Conseil des Etats traitera cette motion dans les mois à venir.

**Transit sur les axes alpins.** Le National a adopté un projet prévoyant que les poids lourds traversant les tunnels routiers et les cols alpins soient équipés rapidement de systèmes de sécurité dernier cri. A été mis en avant par une majorité du conseil l'argument de la sécurité. Le groupe libéral-radical s'est unanimement opposé à cette régulation supplémentaire, considérant qu'il n'est pas nécessaire de légiférer. La modification de l'équipement des véhicules ne serait en effet pas proportionnée d'un point de vue économique et technique. Par ailleurs une disposition prévoyant un traitement de faveur pour le trafic intérieur n'est pas compatible avec les engagements internationaux de la Suisse, puisqu'elle constitue une discrimination fondée sur la nationalité. Le Conseil des Etats devra corriger le tir.

**Internationales Erbrecht:** Der Nationalrat ist einverstanden damit, die Regeln für grenzüberschreitende Erbfälle dem EU-Recht anzunähern. Er hat einer Anpassung des internationalen Erbrechts mit 137 zu 51 Stimmen inkl. der Unterstützung der FDP-Fraktion zugestimmt. Ziel ist es, dass in einem grenzüberschreitenden Erbfall nicht mehrere Behörden und Staaten tätig werden. Es könne sein, dass bei einem Todesfall neben der Schweiz auch andere Staaten die Zuständigkeit im Erbfall für sich beanspruchen, sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter. Einzig die SVP-Fraktion stellte sich gegen die Anpassung. Die Vorlage geht an den Ständerat.

**Strafrecht:** Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Personal von Blaulicht-Organisationen kommt Randalierer künftig teurer zu stehen. Der Nationalrat hat am Mittwoch eine Verschärfung der Strafen beschlossen. Die Mindeststrafe für Angriffe auf Personen von Polizei, Feuerwehr und Blaulicht-Organisationen soll demnach neu bei drei Monaten Gefängnis liegen, die Höchststrafe bei drei Jahren.



Geldstrafen wären nur noch bei Gewalt gegen Sachen möglich. Auch die Strafen gegen Urheber von schwerer Körperverletzung sollen künftig höher ausfallen. Die FDP hatte sich zusätzlich dafür eingesetzt, dass der Tatbestand der "Majestätsbeleidigung" gestrichen wird. Sie unterlag jedoch im Rat mit 101 zu 80 Stimmen. Der Nationalrat hat der Vorlage mit Unterstützung der FDP-Fraktion als Zweitrat in der Schlussabstimmung mit 134 zu 48 Stimmen zugestimmt. Gegen das Paket sprachen sich nur die Ratsmitglieder der SVP aus. Das Gesetz geht zur Differenzbereinigung zurück in den Ständerat.

**Familienpolitik:** Schweizerinnen und Schweizer, die ausländische Familienangehörige aus Drittstaaten nachziehen wollen, sollen dies ebenso tun können wie EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in der Schweiz leben. Derzeit ist dies noch nicht der Fall. Der Nationalrat will daher das Ausländergesetz anpassen. Mit 137 Stimmen 54 bei einer Enthaltung gab er einer parlamentarischen Initiative Folge. Die geltende Regelung sei stossend, befand die Mehrheit. Auch die FDP-Fraktion unterstützte die Pa.IV. geschlossen Mit der Initiative hat sich nun der Ständerat zu befassen.

**Armeebotschaft 2021:** Der Nationalrat hat in dieser Session die Armeebotschaft 2021 und den dazugehörigen Verpflichtungskredit über 2.3 Milliarden zugestimmt. Kürzungsanträge der Linken und Grünen bei Einsatzfahrzeugen und der Munition kamen dank eines soliden bürgerlichen Blocks nicht durch. Im Cyberraum wird, laut Bundesrätin Amherd, ein Operationszentrum geschaffen werden. Mit Schulungen und Simulationen sollen Systeme besser gegen Angriffe geschützt werden. Ebenfalls ist die Schaffung eines Cyberbataillon geplant. Dies wird von FDP-Nationalrat Cattaneo begrüsst, denn «die Armee muss sich mehr auf hybride Konflikte einstellen».

**Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele:** Ziel der Vorlage ist es, Minderjährige vor Medieninhalten in Filmen und Videospiele zu schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Auch wenn die FDP mit der Zielsetzung der Vorlage einverstanden ist, wird der vorliegende Entwurf klar abgelehnt. Leider konnte die FDP-Fraktion die vorgesehene übermässige Regulierungsdichte nicht verhindern. Anträge von Nationalrat Wasserfallen ein pragmatisches, praxisnahes System der Selbstkontrolle, sowie eine schlanke Aufsichtsfunktion einzuführen, scheiterten. Ebenso konnte die Ausweitung des Gesetzes auf Mikrotransaktion nicht abgewendet werden. Auch ein fast geschlossenes auftreten konnte bei der Gesamtabstimmung keinen Umschwung bewirken.

### 13. Geschäfte des Ständerats

**Filmförderungsgesetz:** Das als „Lex Netflix“ bekannte Gesetz wurde Parlamentssession erneut im Ständerat debattiert, nachdem es bereits im Nationalrat behandelt worden war. Die Revision des Filmgesetzes sieht neu eine direkte Investitionspflicht für ausländische Streaming-Dienste wie Netflix und ausländische Fernsehsender mit Schweizer Werbefenster ins unabhängige Schweizer Filmschaffen vor. Die FDP-Ständeräte konnte sich mit ihren Anträgen leider nicht durchsetzen. So muss bei einer Verletzung der Investitionspflicht eine Ersatzabgabe ans Bundesamt für Kultur geleistet werden. Der von Ständerätin Gapany eingebrachte Antrag, auch gewinnorientierte Filmfestivals unterstützen zu können, da dies durchaus im kulturellen und kulturpolitischen Interesse sein kann, fand ebenfalls keine Mehrheit. Ständerat Michel Kampf für die Sprachenvielfalt, die es zur Pflicht macht, einen Film in allen Landessprachen anbieten zu müssen, ist jedoch nur knapp gescheitert. Die Vorlage geht nun zur Differenzbereinigung in den Nationalrat zurück.

**Cargo sous terrain :** Le projet de transport de marchandises Cargo sous terrain, lancé par l'économie privée, devrait être encadré par une loi. Ce projet vise à transférer le transport de marchandises de la route à des tunnels souterrains. Il prévoit un tunnel à triple voie, exploité 24 heures sur 24, reliant les principaux centres logistiques du Plateau et de la Suisse du Nord-Ouest. Le réseau, constitué de 500 kilomètres de tunnel, devrait être achevé vers 2045. Après avoir apporté quelques petites modifications au projet, les Sénateurs, élus Libéraux-Radicaux inclus, l'ont adopté au vote sur l'ensemble.

**Erforschung des Untergrundes:** Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat unserer Fraktionsmotion ([20.4063](#)) deutlich zugestimmt, damit der Untergrund schweizweit besser erkundet werden kann. Ziel ist es, über ein nationales Programm das Wissen über den Untergrund zu verbessern und möglichst engmaschig Daten zu liefern. Ohne dabei die Rechte der Eigentümer oder Kantone zu verletzen, werden damit die Voraussetzungen geschaffen, um den Untergrund insbesondere zur Ressourcengewinnung (Wärme, Strom, Mineralien), zur Speicherung (etwa Wärme, Kälte, CO<sub>2</sub>) **oder** für die Infrastrukturverlagerung (z.B. Verkehr) nutzen zu können. Der Bundesrat ist nun am Zug und muss die Anliegen der FDP in seine laufenden Arbeiten zur Erforschung des Untergrundes mitberücksichtigen.

**Ressourcenverschleiss bei Verpackungen verkleinern:** Gemäss den heutigen Lebensmittelvorschriften, dürfen tiefgefrorene Lebensmittel in der Schweiz nicht offen verkauft werden. Die Hygieneverordnung zu tiefgefrorenen Lebensmitteln werden nun dank eines Vorstosses von FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt entsprechend angepasst. Nach dem Nationalrat hat nämlich auch der Ständerat den entsprechenden Vorstoss ([20.4349](#)) angenommen und den Weg dafür geebnet, dass der Ressourcenverschleiss bei Verpackungen verkleinern werden kann. Die Motion geht nun an den Bundesrat, der die entsprechenden Verordnungsanpassungen vollziehen muss.

**Bekämpfung Strassenlärm:** Nach dem Nationalrat will auch der Ständerat strenger gegen übermässigen Motorenlärm vorgehen und hat eine entsprechende Motion der UREK-N mit 34 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung klar angenommen. Für beide Räte und die FDP ist klar, dass es strengere Massnahmen gegen übermässigen Motorenlärm benötigt. Wie diese ausgestaltet werden, muss nun der Bundesrat aufzeigen. Dabei soll er neben höheren Bussen auch den Führerausweisentzug, die Beschlagnehmung des Fahrzeugs sowie ein generelles Fahrverbot für besonders laute Fahrzeuge auf gewissen Strecken in Betracht ziehen. Grund für diesen Vorstoss war auch ein starkes Verlangen der Kantone, die sich stärkere Unterstützung beim Vollzug wünschten.

**Loi sur les produits du tabac.** La publicité pour le tabac devrait rester autorisée dans les journaux et sur les sites internet ne s'adressant pas directement aux mineurs. Le Conseil des Etats s'est ainsi rallié au National sur ce point. La publicité sera toutefois largement interdite dans les cinémas et dans l'espace public, ainsi que sur les panneaux visibles depuis le domaine public. Les sénateurs ne veulent plus que les fabricants déclarent le montant des dépenses qu'ils consacrent en Suisse à la publicité, à la promotion et au parrainage. Toutefois, contrairement au National, les Etats veulent continuer de donner la possibilité aux cantons d'édicter des dispositions plus strictes. Ils ont aussi décidé d'assortir la loi d'une clause conditionnelle pour en faire explicitement un contre-projet à l'initiative populaire contre la publicité pour le tabac. Ces modifications vont dans la bonne direction, celle d'une législation sur les produits du tabac qui conservent certains éléments libéraux. L'objet revient au Conseil national pour la poursuite du traitement des divergences.

**Missbräuchliche Konkurse:** Ein ganzes Paket von Massnahmen soll missbräuchliche Konkurse und Schädigungen von Gläubigern weiter erschweren. Der Ständerat hat als Erstrat der entsprechenden Gesetzesvorlage mit 41 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen mit Unterstützung der FDP zugestimmt. Den Riegel schieben will man den Missbräuchen namentlich mit einem Tätigkeitsverbot. Weiter sollen Anteile von faktisch Pleite gegangenen Unternehmen nicht mehr verkauft werden dürfen. Ebenso soll der rückwirkende Austritt aus der Revisionspflicht, das sogenannte Opting-out, abgeschafft werden. Jährlich entstehen laut Expertenschätzungen Schäden von mehreren hundert Millionen Franken durch missbräuchliche Konkurse. Nun ist der Nationalrat am Zug.

**Digitale Verlustscheine:** Verlustscheine sollen künftig nicht nur in Papierform, sondern auch elektronisch aufbewahrt werden können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der entsprechenden Motion von NR Doris Fiala ohne Gegenantrag zugestimmt. Der Bundesrat ist mit dem Anliegen einverstanden und bereits an der Umsetzung. Ein Verlustschein ist die amtliche Bescheinigung, dass eine Forderung am Ende des Betreibungs- oder Konkursverfahrens offengeblieben ist. Heute müssen solche Scheine in Papierform aufbewahrt werden, damit sie ihren Wert zu behalten. Da landesweit Millionen von

Verlustscheinen aufbewahrt würden, entstünden erhebliche Kosten für die Aufbewahrung dieser Dokumente. Die FDP unterstützte diesen Vorstoss aus ihren eigenen Reihen, da er ein Beispiel dafür ist, wie die Chancen der Digitalisierung umgesetzt werden können.

**Legislaturplanung:** Geht es nach dem Ständerat, kann das Parlament künftig zwar von der Legislaturplanung des Bundesrates Kenntnis nehmen, aber nicht mehr darüber beschliessen. Mit Unterstützung der FDP-Ständeräte hat er eine entsprechende parlamentarische Initiative von unserem FDP-Ständerat Damian Müller mit 25 zu 13 Stimmen gutgeheissen. Das Verfahren der Legislaturplanung ist aktuell ineffizient und entsprechend unverhältnismässig zeit- und kostenaufwändig. Durch die Entschlackung des Verfahrens kann hier eine wesentliche Verbesserung erreicht werden. Der Vorstoss geht an den Nationalrat.

**Stiftungen:** Der Ständerat hat ohne Gegenstimme Änderungen im Stiftungsrecht beschlossen. Mit der Modernisierung sollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Stiftungen verbessert und der Stiftungsstandort Schweiz gestärkt werden. Neu sollen Änderungen der Stiftungsurkunde zum Zweck oder der Organisation einer Stiftung mit der Angabe eines sachlichen Grundes möglich sein. Zudem soll eine solche Änderung nicht mehr notariell beurkundet werden müssen. Heute sind die Hürden für eine Änderung der Stiftungsurkunde viel höher und in den Kantonen unterschiedlich geregelt. Neu wird also eine schweizweite Regelung eingeführt. Das Geschäft geht an den Nationalrat.

**Bundesanwaltschaft:** Der Ständerat will die Erhöhung der Altersgrenze für Bundesanwältinnen und Bundesanwälte auf den 1. Januar 2022 in Kraft setzen. Er ist betreffend des Einführungsdatums der Neuregelung der Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) oppositionslos gefolgt. Auf die neue Altersgrenze von 68 Jahren hatten sich die Rechtskommissionen beider Räte bereits zuvor geeinigt. Nach geltendem Recht müssen Bundesanwälte mit 64 oder 65 Jahren ihr Amt abgeben. Eidgenössische Richterinnen und Richter können hingegen bis 68 Jahre im Amt bleiben. Das Geschäft geht an den Nationalrat.

**Zivilprozessordnung:** Der Ständerat hat an dieser Session die Revision der Zivilprozessordnung als Erstrat beraten und in einzelnen Punkten Modernisierungen angebracht. Er will, dass Zeuginnen und Zeugen in Zivilverfahren künftig per Video angehört werden können. Zugestimmt hat der Ständerat weiter zur Einführung eines Mitwirkungsverweigerungsrecht für Unternehmensjuristen unter bestimmten Bedingungen. Die FDP-Ständeräte unterstützten diese Neuerung. Schliesslich unterstützte der Ständerat noch mit 30 zu 12 Stimmen und geschlossener Unterstützung der FDP-Ständeratsgruppe den Antrag der Kommission, die Voraussetzungen für eine vorsorgliche Massnahme gegen periodisch erscheinende Medien leicht zu senken. Dies ist kein Angriff auf die Medienfreiheit. Das Internet hat die Wirkungsweise der Medien verändert, sodass der Schutz gegen Persönlichkeitsverletzungen im Sinne der Waffengleichheit diese Anpassung rechtfertigt. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen und geht nun an den Nationalrat.

**Zucker:** Der Ständerat will über einen im Gesetz verankerten Schutz für die einheimische Zuckerrüben-Produktion und -Verarbeitung beraten. Auf eine Vorlage, die Beiträge an Rübenkulturen und Zölle fest schreibt, ist er entgegen dem Antrag der Mehrheit der Wirtschaftskommission (WAK-S) auf die Vorlage eingetreten. Dies mit der Begründung, dass eine Stützung der Zuckerwirtschaft über gesetzliche Massnahmen statt auf Verordnungsstufe zu regeln sei. Auch der Bundesrat lehnt die Gesetzesänderungen ab. Die Mehrheit der FDP-Fraktion hat gegen das Eintreten gestimmt. Die Detailberatung wurde auf die Herbstsession verschoben.

**Frontex-Verordnungen:** Die Verordnungen sind Teil einer europäischen Strategie, die zu einem besseren Schutz der Aussengrenzen führen soll. So hat der Ständerat mit Hilfe der FDP die Verordnung angenommen. Als Schengen-Mitglied profitiert die Schweiz direkt vom verbesserten Schutz und wird deshalb auch seinen finanziellen sowie personellen Beitrag erhöhen. Die FDP sowie die anderen bürgerlichen Parteien konnten die linke Minderheitsposition, dass 4000 Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, ver-

senken. In Zukunft werden die Frontex Auslandseinsätze der gleichen Genehmigungsverfahren wie Militäreinsätze unterliegen.

**Nationale Menschenrechtsinstitution:** Das im Jahr 2011 gestartete Pilotprojekt Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte ist durch die Entscheidung des Ständerates in die nationale Menschenrechtsinstitution umgewandelt worden. Ziel der Institution ist es, mit Behörden auf allen Staatsebenen, aber auch mit Nichtregierungsorganisationen, der Privatwirtschaft, der Forschung und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten und deren menschenrechtliche Aktivitäten zu unterstützen. Nach einer ausführlichen Erklärung unseres Ständerates Thierry Burkart unterstützt durch Parteikollege Ständerat Bauer konnte die von der Minderheit geforderte Ausweitung der Kompetenzen verhindert werden, dies, um Zielkonflikte in der Zukunft zu vermeiden.

## 14. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

### **21.3674. Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Walti). OECD Steuerharmonisierung: Offensive Strategie zur Sicherung von Standortattraktivität und Steuererträgen**

#### **Text**

Im Hinblick auf eine sich abzeichnende globale Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen (15%) im Rahmen der OECD bitten wir den Bundesrat um eine Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Mit welchen Zielen und auf welcher Grundlage hat sich die Eidgenossenschaft bisher in die im Rahmen der OECD laufenden Diskussionen über die Einführung einer solchen Mindestbesteuerung eingebracht?
2. Ist der Bundesrat bereit, im Hinblick auf die verbindliche Festlegung entsprechender Regeln auf deren konkrete Ausgestaltung im Interesse des Standortes Schweiz Einfluss zu nehmen?
3. In welchen Bereichen resp. mit welchen Instrumenten sieht der Bundesrat Möglichkeiten, die Attraktivität des Steuerstandortes Schweiz trotz Harmonisierung durch die OECD zu erhalten und Mehrbelastungen der Unternehmen bei der Gewinnsteuer finanziell auszugleichen?
4. Wie kann nach Meinung des Bundesrates die hohe Wertschöpfung der Unternehmen in der Schweiz, und damit eine grosse Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen insbesondere in Forschung, Entwicklung, Innovation und zentralen Unternehmensfunktionen, erhalten werden?
5. Beabsichtigt der Bundesrat, die Kantone und die besonders betroffenen Wirtschaftssektoren frühzeitig in die Planung von Umsetzungsmöglichkeiten mit einzubeziehen?

#### **Begründung**

Die Schweizer Wirtschaft ist im internationalen Vergleich ausserordentlich stark mit dem Ausland verflochten, und der Anteil global tätiger Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Mio. EUR ist ausserordentlich hoch. Gleiches gilt für den Beitrag, den diese Unternehmen bisher an die Unternehmenssteuererträge leisten (ca. 3% der juristischen Personen zahlen ca. 90% der Bundessteuer von ca. 12 Mia. Franken jährlich). Für die nachhaltige Finanzierung erstklassiger staatlicher Leistungen ist es entscheidend, dieses Steuersubstrat in der Schweiz zu halten und zu entwickeln.

Dies wird nur mit einer geeigneten und rechtzeitig festgelegten Steuerstrategie erreicht, und nicht mit einer reaktiven Vorgehensweise zur Vermeidung drohender Nachteile für die betroffenen Unternehmen im letztmöglichen Zeitpunkt.

### **21.3675. Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Dobler). Potenzial des Impfausweises auch nach der Pandemie ausnutzen**

#### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass die Infrastruktur, welche für das COVID-Zertifikat durch den Bund aufgebaut wird, auch nach der Pandemie für medizinische oder behördliche Zwecke benutzt werden kann. Diese Infrastruktur (App, Software), deren Nutzung heute de facto auf nur wenige Monate beschränkt ist, soll als Ersatzlösung der Online-Plattform

meineimpfungen.ch dienen, welche gravierende Sicherheitsmängel aufgewiesen hat. Der künftige «Impf-ausweis» soll auf alle Impfungen erweitert werden und eine Digitalisierung der Impfdaten ermöglichen. Dieser elektronische Ausweis, dessen Nutzung selbstverständlich freiwillig bleibt und nicht im Alltag eingesetzt wird, würde einen Mehrwert für die Bevölkerung schaffen und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Investition der öffentlichen Hand gewährleisten. Eine Kompatibilität dieses Ausweises mit dem elektronischen Patientendossier soll ebenfalls sichergestellt werden.

### **Begründung**

Das neu erstellte COVID-Zertifikat ist wichtig. Es kann Impfungen, Tests und Genesungen dokumentieren, was eine raschere Rückkehr zur Normalität - insbesondere beim internationalen Reiseverkehr - ermöglicht. Die hohen Kosten sind unter diesen Umständen gerechtfertigt. Weil der Einsatz des COVID-Zertifikates zeitlich auf das Ende der Pandemie beschränkt ist, bringt diese Investition längerfristig kaum Mehrwert. Ein Einsatz dieses neuen Instruments auch nach der Pandemie wäre willkommen. Es wird dann nicht mehr um die Aufhebung von Einschränkungen gehen, sondern darum, dass die Bevölkerung von den Vorteilen der neu aufgebauten Infrastruktur profitieren kann, das im medizinischen oder behördlichen Kontext verwendet werden kann, wie der bisherige Papierschein. Dies insbesondere, nachdem der Bund seine Unterstützung für die Plattform meineimpfungen.ch (jährlich 250'000 Franken) zurückgezogen hat.

Damit sein Potenzial voll ausgeschöpft werden kann, soll der Impfausweis künftig auf alle Impfungen erweitert werden. Ein QR-Code könnte für alle Impfungen erstellt werden. Dies ist eine Chance für die Bürgerinnen und Bürger, endlich über ein digitales Instrument für die Registrierung ihrer Impfungen zu verfügen, womit sie mittlerweile vertraut sein werden. Diese Chance sollte nicht ungenutzt bleiben. Ausserdem sollte dieser Impfausweis in das elektronische Patientendossier integriert werden können.

### **21.3739. Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Fluri). Fortführung der Modernisierung der Post**

#### **Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit der Post in ihrer Strategie für die Jahre 2025-2028 zu verankern. Der Weg, den die Post mit ihrer Strategie «Post von morgen» (2021-2024) eingeschlagen hat, soll weitergeführt werden. Die Post soll auch in Zukunft die Grundversorgung aus eigener Kraft finanzieren können. Die Frage der Aufhebung des Kredit- und Hypothekarverbots der PostFinance und einer möglichen Privatisierung soll nicht Teil dieses Auftrages sein und separat abgehandelt werden.

#### **Begründung**

Das Umfeld der Post hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten stark verändert. Die Briefmengen und Schaltergeschäfte brechen ein, und ein Ende dieser Tendenz ist nicht abzusehen. Der Paketmarkt kennt zwar ein starkes Wachstum. Da die Post aber in diesem Bereich keine Monopolstellung hat, sind die Margen entsprechend klein. Diese Entwicklung hat klare Auswirkungen auf den Gewinn der Post (178 Millionen im J. 2020, 255 im J. 2019).

Die Bemühungen der Postleitung, auch in Zukunft ein auf dem Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit beruhender Service Public anzubieten, sind begrüssenswert und zu unterstützen. Die Modernisierungsschritte der letzten Jahre müssen fortgeführt werden. Die Strategie der Post für die Jahre 2021-2024 («Post von morgen») geht in die richtige Richtung. Sie sieht eine Stärkung der finanziellen Autonomie der Post, u.a. dank einer engeren – aber nichtdiskriminierenden – Zusammenarbeit mit privaten Akteuren, vor.

In seinem Bericht zur Erfüllung des Postulats 19.3532 legt der Bundesrat mehrere Optionen vor, wie die Grundversorgung der Post an die neuen Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft angepasst werden könnte, ohne das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit zu verwerfen: Technologieneutrale Vorgaben, Anpassung der Grundversorgung im Zahlungsverkehr, Berücksichtigung der neuen Mobilitätsentwicklungen der Bevölkerung, Frequenz der Brief-Verteilung, usw. All diese Optionen, welche zur Stabilisierung



der finanziellen Lage der Post beitragen könnten, sollen geprüft werden. Wichtig ist, dass die Post mehr Spielraum erhält, um ihre Dienstleistungen modernisieren zu können, ohne dabei Qualitätseinbussen für die Bürgerinnen und Bürger zu verursachen.

Die Diskussionen um die Aufhebung des Kredit- und Hypothekarverbots der PostFinance und ihrer Privatisierung sind weiter fortgeschritten und sollen separat durchgeführt werden.

## 15. Schlussabstimmungen

**Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Sommersession abgeschlossen. 16 Vorlagen sind parlamentarisch unter Dach und Fach. Verabschiedet wurden:**

- › mit 114 zu 76 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 28 zu 10 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Ständerat) das Massnahmenpaket zugunsten der Medien, das während sieben Jahren direkte und indirekte Förderungsinstrumente für Medien vorsieht im Umfang von jährlich 120 Millionen Franken;
- › mit 120 zu 70 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 29 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung das Bundesgesetz zur Abschaffung der Stempelsteuer;
- › mit 174 zu 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das aktualisierte Covid-19-Gesetz, das die Erwerbsausfallentschädigung bis Ende Jahr verlängert und professionellen und halbprofessionellen Sportclubs mehr Mittel zur Verfügung stellt;
- › mit 139 zu 52 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 35 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen Transparenzregeln im Gesetz über die politischen Rechte für Parteispenden, als indirekter Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative;
- › mit 121 zu 72 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 29 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss, mit dem die Bundesversammlung Volk und Ständen die Volksinitiative "für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative)" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen Massnahmen zur Kostendämpfung in der Krankenversicherung;
- › mit 116 zu 74 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 30 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss, mit dem die Bundesversammlung Volk und Ständen die Volksinitiative "Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 191 zu 1 Stimme bei 4 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen der Bundesbeschluss, mit dem die Bundesversammlung Volk und Ständen die Volksinitiative "Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 195 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss, mit dem die Bundesversammlung Volk und Ständen die Volksinitiative "Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot - Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 165 zu 28 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen und 0 Enthaltungen Änderungen im Parlamentsgesetz, mit denen die Differenzbereinigungen bei Motionen neu geregelt werden;
- › mit 143 zu 53 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich, welches die Digitalisierung in diesem Bereich vorantreiben will;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das geänderte Verrechnungssteuergesetz, das Too-big-to-fail-Instrumente für weitere fünf Jahre steuerlich befreit;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen Änderungen im Bundesgesetz über die Durchführung von internationalen Abkommen im Steuerbereich, die Fälle von Doppelbesteuerungen zwischen zwei Staaten einvernehmlich beseitigen sollen;
- › mit 162 zu 27 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das aktualisierte Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein;
- › mit 153 zu 34 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das aktualisierte Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Malta;

- › mit 145 zu 37 Stimmen bei 13 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das aktualisierte Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Zypern.

Mit Ausnahme der Abstimmungsempfehlungen zu den Volksinitiativen unterstehen die Entscheide dem fakultativen Referendum. Gegen das aktualisierte Covid-19-Gesetz haben Gegnerinnen und Gegner nach der Abstimmungsniederlage vom Sonntag ein weiteres Referendum angekündigt, und zwar gegen die Fassung vom März. Weitere Referenden im Raum stehen gegen die Medienförderung sowie gegen die Abschaffung der Stempelsteuer.